

Nachgefragt

Unser Ortsvereinsvorsitzender Michael Schmitz befragt unseren Bürgermeister Jorma Klaus zu den Finanzen

MS: Hallo Jorma, danke für das Interview. Ich würde gerne mit einer einfachen Frage anfangen: Welche Einnahmequellen hat die Gemeinde?

BM: Das ist vor allem der Einkommenssteueranteil. Die Gemeinde bekommt von der Einkommenssteuer einen Anteil und zwar gemäß der Steuerkraft in der Gemeinde. Deshalb ist der Einkommenssteueranteil, den wir in Roetgen bekommen, pro Einwohner gerechnet ziemlich hoch.

MS: Weil wir so viele Gutverdiener haben?

BM: Genau, wir sind ja auf Platz drei in Nordrhein-Westfalen, in Bezug auf die Durchschnittseinkünfte. Deshalb ist auch der Einkommenssteueranteil unsere größte Einnahmequelle, gefolgt von der Gewerbesteuer und der Grundsteuer. Hinzu kommen weitere Steuern wie die Hundesteuer, Zweitwohnungssteuer und andere.

MS: Also schaut das Finanzamt, nachdem die Steuern gezahlt wurden, aus welcher Gemeinde diese stammen und gibt sie dorthin zurück?

BM: Es ist noch komplizierter. Es gibt eine umfangreiche Erhebung, wie die Steuerkraft in den jeweiligen Gemeinden ist. Und dann gibt es einen Verteilungsschlüssel. Wenn es so wäre, dass in Roetgen hohe Steuereinnahmen vorhanden sind, woanders aber nicht, gilt trotzdem der Verteilungsschlüssel. Das heißt, dass es nicht eins zu eins das Roetgener Geld ist, was bei uns landet. Man kann sich das so vorstellen, dass es in eine Art Trichter reingeht und unten über den Verteilungsschlüssel wieder herauskommt.

MS: Grundsätzlich kann man also sagen, wenn es der deutschen Wirtschaft gut geht, hat Roetgen insgesamt auch mehr davon?

BM: Richtig, wir sind von der wirtschaftlichen Lage unmittelbar abhängig.

MS: Also ist es so, dass wir von dem Aufschwung der letzten Jahre ständig profitiert haben, weil alle mehr verdient haben. Wie groß ist denn der Anteil, den wir über die Einkommenssteuer einnehmen?

BM: Das sind für die Gemeinde ungefähr 5,6 Millionen Euro, bei Gesamteinnahmen von rund 17,8 Millionen Euro. Die Gewerbesteuer ist auf Platz zwei mit 3,8 Millionen Euro und die Grundsteuer B mit 2,3 Millionen auf Platz drei.

MS: Man kann also sagen: Der Haushalt für ein Jahr der Gemeinde umfasst im besten Fall rund 17,8 Millionen? Sodass man jedes Jahr darüber spricht, was mit dieser Summe Geld passieren soll?

BM: Richtig.

MS: Und wofür das Geld eingesetzt wird entscheidet im Wesentlichen der Gemeinderat?

BM: Nicht wirklich. Das meiste Geld geht zunächst mal direkt weiter an die Städteregion. Wir haben eine Umlage zu zahlen. Das sind 4,2 Millionen Euro allein für die Umlage. Hinzu kommen 2,7 Millionen Euro Jugendamtsumlage und 0,7 Millionen Euro ÖPNV-Umlage.

MS: Dafür, dass die Städteregion für uns Aufgaben übernimmt?

BM: Genau, das ist per se schon mal weg, sodass von den 17,8 Millionen Euro nur rund 10 Millionen übrigbleiben. Dafür erbringt die Städteregion z. B. die Aufgaben des Jugendamtes, Jobcenter, Gesundheitsamt, Straßenverkehrsamt und des Bauordnungsamtes.

MS: Also können wir über die Verwendung von rund 10 Millionen Euro selbst entscheiden?

BM: Fast. Zu vielen Geldausgaben sind wir natürlich verpflichtet und Einiges ist auch langfristig schon entschieden, wie zum Beispiel Personalkosten, Geld für die Schule, Straßenunterhaltung usw. Das heißt, bei vielen Dingen besteht gar nicht viel Spielraum. Der Spielraum für die Politik ist ehrlich gesagt ziemlich klein und weit entfernt von den 17,8 Millionen Euro, die im Haushalt stehen.

MS: Bei dem Teil der übrig bleibt, müssen wir dann auch noch das Haushaltssicherungskonzept berücksichtigen, richtig?

BM: So ist es. Das heißt, dass wir den Haushalt so gestalten müssen, dass er dauerhaft ausgeglichen sein kann, und wir dürfen nur so viel neu investieren, wie Abschreibungen auslaufen. Da in der Vergangenheit in Roetgen aber nie viel investiert wurde, dürfen und können wir auch nicht viel neu investieren. Wir sehen aber überall auf den Straßen die Notwendigkeit, dass wir investieren müssen. Das ist etwas, wo wir tatsächlich eine sichtbare und merkbare Einschränkung haben. Die Gemeinde ist in ihren Investitionsmöglichkeiten deutlich eingeschränkt. Das würde ich als den größten Nachteil sehen.

Eigentlich war die Gemeinde noch nie auf Rosen gebettet, sondern immer schon eher strukturschwach. Das widerspricht sich oberflächlich betrachtet, weil wir ja hohe Steuereinnahmen haben. Andererseits sind diese so hoch, dass wir keine weiteren Zuschüsse vom Land bekommen. Andere Kommunen erhalten noch Schlüsselzuweisungen, wir nicht.

Aber es ist trotzdem so, dass wir eine grundsätzliche strukturelle Schwäche haben. Im Grunde war der Haushalt nur deshalb in der Vergangenheit ausgeglichen, weil Vermögen verkauft wurde, zum Beispiel Grundstücke. Wir sind nach vielen, vielen Jahren eigentlich erst jetzt, in diesem Jahr, zum ersten Mal in einer Situation, dass wir einen wirklich ausgeglichenen Haushalt haben.

MS: Liegt das daran, dass wir in der Vergangenheit zu viel ausgegeben haben?

BM: Das kann man so nicht sagen. Wenn man sich die Ausgaben der Gemeinde Roetgen pro Einwohner anschaut, dann sind diese sehr gering – die geringsten der Städte Region! Wir haben natürlich auch etwas weniger Infrastruktur zu betreiben, als andere Kommunen. Wir haben kein Schwimmbad, wir haben keine weiterführenden Schulen, unsere Straßen sind relativ unaufwendig. Das sorgt alles dafür, dass wir insgesamt relativ sparsam unterwegs sind. Vor dem Hintergrund unserer strukturell schwierigen Einnahmesituation ist das aber auch so notwendig.

MS: Und Investitionen sind das Einzige, was wir machen dürfen? Alle freiwilligen Ausgaben sind uns, solange wir im Haushaltssicherungskonzept sind, untersagt, richtig?

BM: Ja, wobei es tatsächlich immer darauf ankommt. Freiwillige Ausgaben, die z. B. auch wirtschaftlich sinnvoll sind, sind schon genehmigungsfähig.

MS: Was wäre das zum Beispiel?

BM: Wenn wir Geld ausgeben, um ein neues Gewerbegebiet zu planen und auszuweiten, dann ist das eine langfristig wirtschaftlich sinnvolle Sache für die Gemeinde.

MS: Es war eigentlich geplant, dieses Jahr den Haushalt auf Null abzuschließen, im kommenden Jahr aber schon wieder nicht, warum?

BM: Weil wir im nächsten Jahr eine besondere Maßnahme haben, nämlich die Kreuzungsanlage B258/Rosentalstraße. Da es sich um eine Bundesstraße handelt, spielt Straßen.NRW als Straßenbaulastträger eine Rolle. Die Zusammenhänge zwischen Straßen.NRW und der Gemeinde Roetgen bei diesem Projekt sind so, dass wir einen einmaligen Zuschuss für eine Investition des Landes zahlen müssen. Diesen einmaligen Zuschuss dürfen wir nicht, wie es bei einer eigenen Investition wäre, selber aktivieren und abschreiben. Der Zuschuss zu der Investition des Landes sorgt dafür, dass dieser bei uns in einem Jahr in voller Höhe negativ zu Buche schlägt. Deshalb haben wir im nächsten Jahr eine Situation, in der wir aufgrund dieses buchhalterischen Zusammenhanges nochmal mit einem negativen Betrag geplant haben. Strukturell sind wir aber genau auf dem richtigen Weg. Die Haushalte sollen jetzt immer ausgeglichen sein.

Jetzt erleben wir in diesem Jahr alle die Auswirkungen von Corona und dadurch ergeben sich viele Fragezeichen. Einnahmerückgänge, insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer, aber absehbar auch im Bereich der Einkommenssteuer sind zu erwarten. Die Größenordnung lässt sich aktuell noch nicht absehen. Andererseits gibt es eine klare Aussage vom Land Nordrhein-Westfalen, die gesagt haben: Wir wollen die Kommunen so stellen, als hätte es Corona nie gegeben.

Das Land beabsichtigt konkret, den Kommunen zu erlauben, die coronabedingten Kosten und Einnahmeausfälle zu aktivieren, um diese dann ab 2025 über einen Zeitraum von 50 Jahren abzuschreiben. Das mutet unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten schon ziemlich seltsam an, nicht erhaltene Einnahmen abzuschreiben, als wären sie eine Investition. Besser wäre ein direkter finanzieller Ausgleich, zumal die jetzt seitens des Landes angestrebte Regelung schlecht für die Liquidität der Kommunen ist.

Nun ist Liquidität für die Gemeinde Roetgen nicht das größte Problem. Im Vergleich mit den meisten anderen Kommunen stehen wir liquiditätsmäßig sogar sehr gut da und müssen zur Sicherstellung der Liquidität so gut wie keine Kredite bei Banken oder Sparkassen aufnehmen.

MS: Die Ampelanlage haben wir eben als nächstes großes Projekt schon genannt. Aber es gibt noch andere Punkte, die unseren Haushalt jetzt erstmal belasten in den nächsten Jahren. Welche sind das?

BM: Unter anderem die Erweiterung des Gewerbegebiets, die wir eingeplant haben. Hier ist noch offen, ob wir sie als Gemeinde Roetgen umsetzen, oder ob wir mit einer Projektgesellschaft arbeiten, an der die Gemeinde beteiligt ist. Grund hierfür wäre, diese ganze Ausgabeposition der Gewerbegebietserweiterung aus dem Gemeindehaushalt herauszuhalten. Das machen Privatunternehmen auch nicht anders, wenn ein größeres Projekt umgesetzt wird. Wir haben außerdem noch die Entwicklung des Wohngebietes Grepp II vor, also zwischen Greppstraße und Faulenbruchstraße. Die dort liegenden Wiesenflächen sollen über die nächsten Jahre zu einem Wohngebiet entwickelt werden. Das wird die Roetgener Bauland GmbH machen, wenn der Rat das so beschließt. Die Roetgener Bauland ist auch eine solche Projektgesellschaft, die wir mit jeweils 50 Prozent Beteiligung mit der S-Immo der Sparkasse Aachen haben.

Das sind die großen Investitionen der nächsten Jahre. Außerdem werden wir schauen müssen, ob wir auch in die Schule nochmal Geld stecken müssen. Die Schule ist zwar noch relativ neu, aber eigentlich schon jetzt fast wieder zu klein. Da kann man auch durchaus im Nachhinein mal einen kritischen Blick auf die Planung der Schule werfen, warum nicht mehr Kapazität und Flexibilität eingeplant wurde.

MS: Was für Möglichkeiten haben wir noch, um Einnahmen zu generieren?

BM: Ein wichtiger Punkt ist natürlich die Gewerbesteuer und da können wir uns nur entwickeln, wenn wir zusätzliches Gewerbe ansiedeln. Deshalb bin ich auch für die Gewerbegebietserweiterung. Die ist in dem Zusammenhang wichtig, aber auch außerhalb des Gewerbegebiets ist die Ansiedlung von nicht störendem Gewerbe relevant.

MS: Und wie können weitere Kosten eingespart werden?

BM: Ich sehe eine zusätzliche Aufgabenbündelung bei der Städteregion. Hier kann ich mir eine Zentralisierung bei Aufgaben im Bereich Personalkostenabrechnung und Steuern vorstellen. Aber auch zwischen den Kommunen ist Potenzial. Ein Ansatz ist der, den ich für den Bauhof angestoßen habe: Können wir nicht die drei oder vier Bauhöfe (Roetgen, Hürtgenwald, Simmerath, Monschau), zusammenlegen und eine bessere Qualität zu einem besseren Preis erzielen?

Und die gleiche Frage stellt sich natürlich auch für alle anderen Bereiche. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir zukünftig noch mehr und besser zusammenarbeiten und dann in gemeinsamen Organisationseinheiten größere Mengen abarbeiten und effizientere Arbeitsabläufe nutzen.

MS: Zwei kritische Themen sind auch immer mal wieder der Friedhof und der Wald, da uns beides im Moment viel Geld kostet, richtig?

BM: Der Wald ist aktuell wirtschaftlich in einer schwierigen Situation. Das hat mit dem Klimawandel, mit dem Borkenkäfer und auch mit dem Tornado zu tun. Eigentlich ist der Wald darauf ausgelegt, durch die Waldbewirtschaftung am Ende auch ein positives Ergebnis zu erzielen. Das erzielen wir aktuell nicht. Da wollen wir wieder hin. Wir müssen aber auch sehen, dass sich die Ansprüche an den Wald durchaus verändert haben. Wir haben viele Erholungssuchende aus Roetgen und der ganzen Region. Der Wald ist ein wichtiger Faktor für unsere Lebensqualität und auch beim Tourismus. Es gibt Reiter, Mountainbiker, Läufer, Jäger, ganz unterschiedliche Interessengruppen, die alle im Wald unterwegs sind. Wir haben sicher auch noch eine große Herausforderung, wenn es um Umweltbildung geht. Da, glaube ich, können wir als Gemeinde mehr tun. Insofern ist die wirtschaftliche Betrachtung des Waldes das eine, aber man muss sich auch die Frage stellen: Was ist es uns wert, nicht nur reine Waldwirtschaft zu betreiben, sondern den Wald auch als Lebens- und Erholungsraum noch weiter auszuarbeiten.

Bei den Friedhöfen finde ich es wichtig, dass sich die Pflegesituation auf den nicht verpachteten Flächen deutlich verbessert hat. Wir hatten eine schwierige Lage vor ein paar Jahren, was den Pflegezustand betrifft. Das haben wir inzwischen deutlich besser im Griff. Es ist aber leider zu beobachten, dass viele Pächter die Gräber nicht gut pflegen. Das wird auch von vielen Friedhofsbesuchern beklagt. Und wir haben die Situation, dass aufgrund des sich verändernden Bestattungsverhaltens die Kosten auf den Friedhöfen nicht mehr richtig durch Gebühreneinnahmen gedeckt werden können. Da wir aber alles noch bezahlbar halten wollen, suchen wir ständig nach alternativen Möglichkeiten mit diesen Friedhofsgebühren umzugehen.

MS: Warum verkleinern wir die Flächen nicht? Wir brauchen schließlich nicht mehr so viel, da die Bestattungsarten heute häufig andere sind. Wenn man einfach einen Teil, zum Beispiel zur Wildwiese oder so etwas machen würde?

BM: Was wir zum Beispiel im Waldfriedhof in Rott im hinteren Bereich gemacht haben und auch weiterhin machen wollen. Wir können allerdings nicht so ganz einfach die Friedhöfe verkleinern. Die Idee, dass man aus einer Friedhofsfläche beispielsweise eine Wohnbaufläche macht, geht nicht so einfach, weil die freiwerdenden Flächen nicht unbedingt am Rand der Friedhöfe liegen. Es geht eher darum, mehr Grünflächenanteil in den Friedhöfen zu schaffen, sodass wir diese Flächen auch tatsächlich aus den Friedhofskalkulationen herausnehmen können. Da steht uns allerdings im Wege, dass es für die Kalkulation der Friedhofsgebühren klare gesetzliche Vorgaben gibt. Wir müssten diese Flächen eigentlich außer Betrieb nehmen und dann auch den Friedhof in Teilbereichen entwidmen. Das ist nicht so einfach und wir suchen weiter gute Lösungen. Die liegen nicht auf der Hand. Das ist eine Herausforderung, die nicht nur die Gemeinde Roetgen hat. Alle Kommunen sind damit konfrontiert.

MS: Auf Platz 1 der Einnahmen, haben wir eben schon gesagt, ist die Einkommenssteuer. Platz 2 ist die Gewerbesteuer. Für Familien machen wir schon ganz viel, schauen, dass möglichst alle Generationen sich hier wohlfühlen und man möglichst lange hierbleiben kann. Zum Beispiel auch mit neuen Wohngebieten und so weiter. Was können wir für Gewerbetreibende noch tun, damit der Standort Roetgen wahrgenommen wird und Gewerbetreibende sagen: "Ich kann hierbleiben und bin wettbewerbsfähig"?

BM: Erstens: Gewerbebetriebe brauchen Fläche. Also müssen wir schauen, dass wir Flächen zur Verfügung stellen können. Zweitens: Wir brauchen eine gute Infrastrukturanbindung. Glasfaser war und ist ein ganz wichtiges Thema, weil die Gewerbebetriebe immer digitaler werden. Dafür braucht man einfach Bandbreite.

Unsere Gemeinde verfügt über eine hohe Dichte an Fachkräften in den verschiedensten Branchen. Daran wird es nicht scheitern. Wir müssen natürlich auch schauen, dass wir mit der Höhe unserer Gewerbesteuer wettbewerbsfähig bleiben. Wir haben aufgrund des Haushaltssicherungskonzepts den höchsten Gewerbesteuersatz der StädteRegion. Außerhalb der StädteRegion gibt es durchaus Kommunen, die noch höhere haben, aber in der Region haben wir den höchsten. Das ist keine gute Strategie. Da müssen wir wieder runter. Das ist meine Zielsetzung. Wir haben in der mittelfristigen Finanzplanung, noch keine Steuersenkungen vorgesehen, weil wir auch noch nicht aus dem Haushaltssicherungskonzept raus sind. Wenn wir aber aus dem Haushaltssicherungskonzept raus sind, muss die Gewerbesteuer runter.

MS: Was wäre, wenn man über das Thema Haushalt spricht, eine gute Frage an einen Bürgermeister?

BM: Eine gute Frage, die man dem Bürgermeister stellen könnte wäre: „Warum ist die Lage der kommunalen Haushalte in Nordrhein-Westfalen eigentlich so viel schlechter als in vielen anderen Bundesländern?“

Die Antwort darauf ist, dass das Land sich der Verantwortung gegenüber den Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder entzogen hat. Das waren CDU-Regierungen und das waren SPD-Regierungen in Koalitionen, mal mit den Grünen, mal mit der FDP. Da braucht also auch niemand mit dem Finger irgendwohin zu zeigen, da können alle auch auf sich selbst zeigen. Aber die

Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den Kommunen sind in Nordrhein-Westfalen schwierig. In vielen anderen Bundesländern läuft dies besser. Da ist es so, dass das Land mehr in die Verantwortung geht.

Die Qualität von öffentlicher Infrastruktur merkt man am ehesten bei den Kommunen. Und das ist auch der Grund, warum es im süddeutschen Raum manchmal auch besser gepflegte Orte und wohlhabendere Kommunen gibt, als es in Nordrhein-Westfalen der Fall ist.

Meine Traumvorstellung von Roetgen ist, dass es irgendwann so ist wie in einer süddeutschen Kommune. Gut gepflegt, mit aktivem Gemeinwesen, immer noch dörflicher Charakter und trotzdem modern.